

Protokoll über die 9. öffentliche Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Montag, den 20.03.2023
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 19:20 Uhr
Ort, Raum: Mensa der IGS Krummhörn-Hinte, Bunter Weg 15,
26736 Krummhörn

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Hilke Looden

Vorsitzende/r

Herr Heiko Ringena

Mitglieder

Herr Garrelt Agena
Herr Stephan Artmann
Herr Niklas Baumann
Frau Nadine Booken
Frau Astrid Brants
Herr Theodor Cirksena
Frau Imke Deterts
Frau Lara Dreessen
Herr Joachim Eertmoed
Frau Tanja Fiedler
Herr Paul Hörnke
Herr Alfred Jacobsen
Herr Klaus Keller
Herr Andreas Kirchhoff
Herr Jens-Martin Kromminga
Herr Jan Looden
Herr Ralf Ludwig
Frau Marion Niebergall
Herr Roelf Odens
Herr Frank Schoof
Herr Johann Schüller
Herr Willi Schunke
Herr Focko Smit
Herr Reiner Willms

von der Verwaltung

Herr Jan Alberts

Protokollführer

Frau Ilona Gosepath

Gäste

Herr Conradi
Frau Iderhoff

Abwesend:

Mitglieder

Herr Friedhelm Bruns	Entschuldigt
Herr Johann Wienbeucker	Entschuldigt
Herr Frank Wübbena	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Verabschiedung einer Resolution gegen die Verordnungsentwürfe der EU-Kommission, die ein Verbot der aktiven bodenberührenden Fischerei in den Meeresschutzgebieten der deutschen Küste, sowie ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Vogelschutzgebieten beinhalten
3. Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende, Heiko Ringena, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreterin der Landwirtschaft, Frau Milva Iderhoff, sowie den Sprecher der Greetsieler Fischer, Herrn Gerold Conradi. Ein Dank geht an die Verwaltung für die kurzfristige Einberufung des Rates zur heutigen Sondersitzung.

Der Ratsvorsitzende erläutert in einem persönlichen Statement, weshalb diese außerordentliche Sitzung auf seiner Sicht erforderlich ist.

Anmerkung: die Stellungnahme des Ratsvorsitzenden ist im Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Anschluss steht der Ratsvorsitzende die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

zu 2. Verabschiedung einer Resolution gegen die Verordnungsentwürfe der EU-Kommission, die ein Verbot der aktiven bodenberührenden Fischerei in den Meeresschutzgebieten der deutschen Küste, sowie ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Vogelschutzgebieten beinhalten

Der Ratsvorsitzende ruft TOP 2 auf. Er verliest den Resolutionsentwurf, der gemeinsam von den Fraktionen der fbl, CDU/S.W.K. und SPD eingebracht wird, und erteilt Ratsmitglied Focko Smit das Wort.

Anmerkung: Resolution und die Erläuterung nebst Begründung sind dem Protokoll angefügt.

Ratsmitglied Smit geht zunächst auf die beabsichtigten EU – Regelungen für die Fischerei ein. So solle ab dem 1.4.2024 die aktive bodenberührende Fischerei in den Nationalparks der Deutschen Küste verboten werden. 90 % der Fanggründe der Krabben – und Muschelfischer lägen in diesen Gebieten, was das Ende der hiesigen Fischerei bedeuten würde. Entgegen den bisherigen Zusagen solle die Fischerei ab 2030 in den Meeresschutzgebieten nicht mehr möglich sein. Diese Vorgehensweise der EU – Kommission würde das Vertrauen in die Politik nachhaltig erschüttern.

Der gleichen Problematik sei auch die heimische Landwirtschaft mit dem drohenden Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln – egal ob chemisch oder biologisch – in geschützten Gebietskulissen wie Vogelschutz- und Natura-2000-Gebieten ausgesetzt. Derartige Eingriffe in die Bewirtschaftung brächten die betroffenen Landwirte in Existenznot. In solchem Maße schwerwiegende Eingriffe der Politik in die Lebenswirklichkeit und Kultur der Menschen dürften nur nach einer intensiven Folgenabschätzung, die insbesondere bei EU – Verordnungen vernachlässigt würden, eingeleitet werden. Hieraus folge ein enormer Vertrauensverlust in die Politik, der leider immer häufiger in eine Radikalisierung der Bürger münde.

Abschließend bitte er den Rat, mit der Verabschiedung der Resolution ein Zeichen zu setzen, für die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Land- und Fischereiwirtschaft, zum Schutz der betroffenen Betriebe, zum Erhalt der Krummhörner Kulturlandschaft, der Eigenständigkeit und letztlich der Krummhörner Identität.

Ratsmitglied J.-A. Looden ist der Meinung, vom Verbot der aktiven bodenberührenden Fischerei nur die in der ostfriesischen Krabbenfischerei herkömmlich benutzten Krabbennetze mit Baumkurren und Rollen auszunehmen, da die Verwendung von schwerem Fanggeschirren mit Ketten usw. schädlich für den Meeresboden sei.

Ratsmitglied Keller zieht seinen Ergänzungsantrag, den er den Ratsmitgliedern per E-Mail zukommen lassen hat, wieder zurück und erklärt, dass er dem eingereichten Resolutionsentwurf zustimme.

Ratsmitglied Agena teilt mit, dass die Fraktion der Grünen die Resolution nur bezogen auf die Fischerei unterstützen könne, nicht jedoch hinsichtlich der Landwirtschaft. Herr Agena führt hierzu aus, dass der hiesigen Fischerei kaum Alternativen blieben, ihren Beruf auszuüben, sofern es zu dem Verbot käme. Anders sähe es für die Landwirtschaft aus. Der Verordnungsentwurf der EU – Kommission zur Pestizidreduktion habe das Ziel, bis 2030 den Einsatz von Pflanzenschutzmittel in Europa um 50 % zu senken. Gleichzeitig sähe der Verordnungsentwurf in sensiblen Bereichen (z.B. Vogelschutzgebieten) ein 100 %-tiges Verbot des Einsatzes von Pestiziden vor.

Herr Agena führt weiter auf, dass das massive Artensterben, der Schutz der Bevölkerung vor Giftstoffen, der Grundwasser- und Bodenschutz ursächliche Gründe für den angeführten Verordnungsentwurf seien und seit Jahren von den Fachleuten gefordert werde, diesbezüglich mehr zu tun.

Aus Sicht der Grünen gäbe es für die Landwirtschaft, anders als bei der Fischerei, durchaus praktikable Alternativen, die bereits erprobt seien und die eingesetzt werden könnten. Das Ziel der Bundesregierung, 30 % der Landwirtschaft bis zum Jahre 2030 auf ökologischen Anbau umzustellen, könne nur gelingen, wenn die Beteiligten bereit seien, sich auf die geänderten Bedingungen einzustellen.

Der Druck hinsichtlich Arten-, Grundwasser- und Bodenschutz und von wissenschaftlicher Seite sei da, sodass es aus Sicht der Grünen besser und sinnvoller sei, den Verordnungsentwurf positiv aufzugreifen und nach Lösungen zu suchen, wie mit der Situation umgegangen werden könne.

Da diese beiden Themen in dem Resolutionsentwurf zusammengefasst seien, würden die Grünen die Resolution nicht mittragen.

Ratsmitglied Odens bedankt sich bei Ratsmitglied Smit für die Ausarbeitung und fraktionsübergreifende Abstimmung der Resolution. Er betont, an dieser Stelle keine Grundsatzdiskussion führen zu wollen. Es gäbe gute Gründe für den ökologischen wie auch für den konventionellen Anbau. Wenn man 30 % ökologischen Anbau möchte, sollten Wege dafür geschaffen werden, dass dies auf freiwilliger Basis und nicht auf gesetzlichen Zwang erreicht werde.

Ratsmitglied Willms betont, dass man es nicht zulassen dürfe, dass durch immer mehr Gesetze, verschärfte Auflagen und sonstige Regulierungen, ganze Wirtschaftszweige kaputtgemacht und Existenzen zerstört würden. Wichtig sei ihm, dass man heute ein gemeinsames Zeichen setze.

Ratsmitglied Kromminga betont, dass zum Erhalt der Artenvielfalt Flächen nicht einfach sich selbst überlassen werden dürften. Beispielhaft nennt er die Flächen am Freepsumer Meer, auf denen der Bestand an Bodenbrütern auf nicht bewirtschafteten Flächen um über 60 % zurückgegangen sei. Er führt weitere Beispiele an und fordert die Grünen auf, ihre Ziele und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen zu hinterfragen.

Ratsmitglied Schoof hält die Beeinträchtigungen aufgrund der Küstenfischerei, wie sie seit circa 100 Jahren betrieben wird, im Vergleich zu hunderten Plattformen für die Öl- und Gasförderung in der Nordsee und der kilowise Einleitung von Chlor zu Reinigung der Tank-schiffe am LNG – Terminal in Wilhelmshaven für eher gering.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich zunächst nicht. Gegen den Vorschlag, den Vertretern der Landwirtschaft und der Fischerei die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, erhebt sich kein Widerspruch.

Die Vertreterin der Landwirtschaft, Frau Milva Iderhoff, bedankt sich für die Einladung, und dass der Rat der Gemeinde Krummhörn die Brisanz des Themas erkannt habe. Sie betont, dass der Verordnungsentwurf ein Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in den unter Schutz gestellten Gebieten vorsähe und nicht lediglich eine Reduzierung. Diese Maßnahme sei weder wissenschaftlich begründet, noch sei eine Folgenabschätzung (sozial und wirtschaftlich) vorgenommen worden. Sie bemängelt weiterhin, dass Zielkonflikte außer Acht geblieben seien. Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel sei ihrer Meinung nach erforderlich, um die Erträge zu sichern. Eine Missernte in den Hauptanbaugebieten könnte man sich nicht erlauben, da Angebot und Nachfrage sehr dicht beieinander lägen.

Sie führt weiter auf, dass die Landwirtschaft seit über 30 Jahren den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziere. Der „Niedersächsische Weg“ sehe eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel um 25 % vor, wobei nicht auf Verbote, sondern auf Technik und Züchtung gesetzt werde. Dieser „Niedersächsische Weg“ werde jedoch ständig aus Berlin und Brüssel torpediert. Dies führe soweit, dass die niedersächsische Landwirtschaftskammer die Landwirte nicht mehr beraten könnte und das Landwirtschaftsministerium in Hannover nicht mehr mit dem Schreiben der Verordnungen hinterherkäme. Sie plädiert für eine Verabschiedung der Resolution, um damit auch ein Zeichen der Wertschätzung für die Landwirtschaft zu setzen.

Herr Gerold Conradi als Sprecher der Greetsiel Fischer und gleichzeitig stv. Vorsitzender des Landesfischereiverbandes betont, dass die geplante EU – VO nicht nur die Greetsieler Fischer, sondern etwa 200 Fischereibetriebe an der gesamten deutschen Nordseeküste betreffe. Ihr Arbeitsgebiet sei das Wattenmeer. Weitere flächenmäßige Beschränkungen seien nicht hinnehmbar. Für die Küstenfischerei gäbe es keine Alternative!

Herr Conradi führt weiter aus, dass statistisch betrachtet, der von deutschen Fischereibetrieben gefangenen Fisch bis Anfang März zur Versorgung der deutschen Bevölkerung reiche. Sollte die EU – VO umgesetzt werden, nur noch wenige Tage im Januar. Alles andere müsste dann importiert werden. Fische aus Zuchtbetrieben (Fischfarmen) seien seiner Meinung nach keine Alternative, da zur Produktion von 1 kg Zuchtfisch etwa 10-15 kg Wildfisch benötigt werde.

Herr Conradi stellt außerdem klar, dass auch die niederländische Küstenfischerei gleichermaßen auf schweres Fanggeschirr verzichtet. Anders sähe es aus bei der Plattfischfischerei, bei der mit Bodenketten gefischt und der Meeresboden beschädigt werde. Herr Conradi schließt mit dem Hinweis, dass in den letzten Jahren 6 Fischereiwirtschaftsmeister aus Greetsiel ihre Prüfung absolviert hätten, die nun eine Perspektive bräuchten.

Laut Bürgermeisterin Looden seien die fachlichen Aspekte deutlich und eindrucksvoll beleuchtet worden. Die Solidarität, die die Betroffenen von allen Seiten erfahren, mache deutlich, dass es auch um ein Stück regionale Identität gehe.

Sie weist darauf hin, dass es sich im Grunde genommen, nicht um EU – Verordnungen handle, sondern um einen Ausfluss aus dem so genannten Green Deal, bei dem Aktionspläne erstellt werden, die nicht in einem demokratisch legitimierten Verfahren beschlossen, sondern einfach verordnet würden, ohne dass dabei – wie auch heute gefordert – eine Folgenabschätzung vorgenommen worden sei. Es sei nun mehr unsere Aufgabe, auf die Probleme hinzuweisen, eine differenzierte Betrachtungsweise einzufordern und zu fragen, ob dies tatsächlich so gewollt sei. Außerdem sollte man an die gewählten Landtags –, Bundestags – und EU – Abgeordneten herantreten, und bei diesen darauf drängen, dass eine solche Verordnung national nicht umgesetzt werden könne.

Abschließend verließ der Ratsvorsitzende den Resolutionsentwurf.

Auf Nachfrage hält Ratsmitglied J. A. Looden seinen Änderungsantrag (differenzierte Betrachtungsweise hinsichtlich der Fischerei mit schwerem Fanggeschirr) aufrecht. Der Ratsvorsitzende lässt zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen.

Der Änderungsantrag wird mit 1 Ja- und 25 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Danach beschließt der Rat bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich folgende Resolution:

Der Rat der Gemeinde Krummhörn spricht sich gegen den Beschluss der Verordnungsentwürfe der EU – Kommission aus, die ein Verbot der aktiven bodenberührenden Fischerei in den Meeresschutzgebieten der deutschen Küste sowie ein Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln jeglicher Art in Vogelschutzgebieten beinhalten.

zu 3. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ratsvorsitzender Ringena schließt um 19:20 Uhr die öffentliche Sitzung.

Heiko Ringena
Vorsitz

Hilke Looden
Bürgermeisterin

Ilona Gosepath
Protokollführung